

mische, Migrantinnen oder Migranten, Wege und Möglichkeiten aufzeigen, die vorhandenen Angebote von psychosozialer Beratung und Therapie unter Wahrung der religiösen Vorschriften zu nutzen. Außerdem soll er denen, die mit Beratung und Therapie von Muslimen zu tun haben, einen ersten Einblick in die Themen und Konfliktbereiche geben, auf die ihre Klientel stößt, wenn sie sich in Therapie begibt.

Reformbedarf im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht vor dem Hintergrund der Besteuerung gemeinwohlorientierter Organisationen und bürgerschaftlichen Engagements in Großbritannien und Frankreich. Von Sabine Mock. Maecenata Verlag. Berlin 2005, 307 S., EUR 24,90 *DZI-D-7429*

Das Buch gibt einen rechtsvergleichenden Überblick über die geltende steuerliche Behandlung bürgerschaftlichen Engagements in Großbritannien und Frankreich. In beiden Ländern ist der Anteil privater Zuwendungen und selbst-erwirtschafteter Mittel an den Einnahmen von Nonprofit-Organisationen deutlich höher als in Deutschland, überdies wurden dort in jüngster Zeit das Gemeinnützigkeits- und das Spendenrecht modifiziert. Demgegenüber erscheint das deutsche Gemeinnützigkeitsrecht bisher als weitgehend reformresistent. Die Autorin zeigt – vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Frankreich und Großbritannien – Perspektiven für gesetzliche Neuregelungen in Deutschland auf. Sie analysiert den Reformbedarf und bewertet die in die gegenwärtige deutsche Diskussion eingebrachten unterschiedlichen Reformvorschläge zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten bürgerschaftlichen Engagements.

Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nichtinanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen. Von Irene Becker und Richard Hauser. Verlag edition sigma. Berlin 2005, 287 S., EUR 16,90 *DZI-D-7431*

Es gehört zu den sozialstaatlichen Mindestansprüchen, für Bedürftige ein Existenzminimum zu sichern; hier zu Lande sollen Sozialhilfe, die bedarfsorientierte Grundsicherung für alte und dauerhaft erwerbsunfähige Menschen sowie das Arbeitslosengeld II dafür sorgen. Es ist jedoch fraglich, ob dieses Minimalziel überhaupt erreicht wird, denn ein Teil der Bedürftigen nimmt zustehende Leistungen nicht in Anspruch. Niemand weiß genau, wie groß dieser Anteil ist und wo die Ursachen der Nichtinanspruchnahme liegen. Diese Studie stellt sich der Herausforderung der Ursachen-ermittlung: Sie schätzt die Größe und soziodemographische Struktur des Bevölkerungsanteils in „verdeckter Armut“ anhand verschiedener Mikrodatenquellen ab. In Simulationsmodellen wird geprüft, welche Haushalte anspruchsberechtigt sind und ob sie die zustehende Leistung erhalten haben. Ausgehend von theoretischen Überlegungen und vorliegenden Untersuchungen werden Ursachen analysiert; dabei stehen subjektiv ausgerichtete Fragen an die Bevölkerung des Niedrigeinkommensektors vor allem zu Kenntnissen des Leistungsrechts, zu Einstellungen, Wahrnehmungen und Stigmatisierungsängsten im Zentrum.

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Holger Gerecke (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Hildebrand Ptak (Evangelische Fachhochschule Berlin); Helga Schneider-Schelke (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. MwSt. und Versandkosten)
Kündigung bestehender Abonnements jeweils schriftlich drei Monate vor Jahresende.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Übersetzung: Belinda Dolega-Pappé
Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin
Druck: druckmuck @digital e.K., Großbeerenstr. 2-10, 12107 Berlin

ISSN 0490-1606